

Einnahmen und Ausgaben

In meiner Kolumne kurz vor Weihnachten habe ich Ihnen angekündigt, über die Haushaltspolitik zu berichten. Angesichts des schlimmen Jahresauftakts – der feigen Morde durch Fundamentalisten in Frankreich – fällt es schwer, sich auf die Finanzen zu konzentrieren. Meinungs- und Pressefreiheit ist ein hohes Gut – hier müssen alle Demokraten und alle Menschen, gleich welcher politischer oder welcher religiöser Überzeugung, zusammenstehen.

In der Haushaltspolitik geht es darum, hauszuhalten und für wichtige Aufgaben das benötigte Geld bereitzustellen. Dieser einfache Grundsatz ist leichter gesagt als beherzigt, vor allem dann, wenn Bund und Land einen beträchtlichen Schuldenberg aufgetürmt haben und wir in den vergangenen Jahrzehnten auch über unsere Verhältnisse gelebt haben. Insgesamt hatte Deutschland Ende 2013 2 043,7 Milliarden Euro Schulden, davon entfallen 1281 Milliarden Euro auf den Bund, 629 Milliarden Euro auf die Länder und 134 Milliarden Euro auf die Kommunen. (1 Milliarde sind 1000 Millionen Euro). Gut, dass es im Bund der Großen Koalition im kommenden Haushalt und der grün-roten Landesregierung

in Baden-Württemberg im Jahr 2016 gelingen kann, ohne neue Schulden auszukommen. Immer wieder gibt es das Gerücht, dass die Schwarzen besser mit dem Geld umgehen könnten als die Roten. Ein Blick in die Entwicklung des Bundeshaushalts zeigt aber auf, dass die Schwarzen stärker für rote Zahlen verantwortlich sind als die Roten. So stieg die Bundesschuld unter der schwarz-gelben Regierung von Kanzler Helmut Kohl von 160 Milliarden Euro 1982 auf 745 Milliarden Euro (1998) um durchschnittlich 36 Milliarden Euro pro Jahr und in Zeiten der rot-grünen Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder von 745 auf 903 Milliarden Euro nur um durchschnittlich 22 Milliarden Euro pro Jahr.

Hinweisen möchte ich noch darauf, dass es im Jahre 2001 sogar gelungen

war, den Bundesschuldenstand um 14 Milliarden Euro zu senken. Natürlich kann man auch andere Gewichtungen

vornehmen und etwa die deutsche Einheit oder die Weltkonjunktur berücksichtigen. Die Zahlen zeigen aber auf, dass die Haushaltspolitik von Bund und Land nicht für das Malen eines einfachen



... der
SPD-Landtags-
abgeordnete
Gernot Gruber

„schwarz-roten“ Weltbildes taugen. Zurück zur Haushaltspolitik des Landes – zu Haushaltsdisziplin und politischen Weichenstellungen in Baden-Württemberg. Wichtig ist, dass es gelungen ist, mehr Geld für die Bildung, die Kinderbetreuung, die Schulsozialarbeit, den sozialen Wohnungsbau, die Sprachförderung, für den Sport, die Sanierung der Landesstraßen, den Hochwasserschutz, die Energiewende und zur Unterstützung der Kommunen im Haushalt unterzubringen.

Im Haushalt ist für das Jahr 2015 eine Kreditaufnahme von 768 Millionen Euro vorgesehen und für 2016 eine sogenannte schwarze Null.

Weshalb ist es der Regierung aber nicht gelungen, trotz Rekordeinnahmen schon für 2015 einen ausgeglichen Haushalt aufzustellen?

Hierzu gibt es mehrere Antworten:

1. Die Zinszahlungen für die vorhandenen Schulden (rund 45 Milliarden Euro) betragen für dieses Jahr 1669 Millionen Euro – sind also mehr als doppelt so viel wie der Bedarf an neuen Krediten.

2. Manche Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen, etwa die Pensionsausgaben, da personalstärkere Jahrgänge jetzt in den Ruhestand gehen.

3. Der starke Anstieg der Flüchtlinge erfordert höhere Ausgaben von mehreren Hundert Millionen Euro.

4. Unser Land zahlt für 2013 1,5 Milliarden für den ungerechten Länder- und 2,4 Milliarden für den Umsatzsteuerausgleich, während die viel kleineren Länder Berlin 3,2 und Sachsen 3,35 Milliarden Euro erhalten.

BKZ 16.01.2015